

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Betriebsführung enthalten den Verlag von der Haftung für Berichterstattung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abbestellungspreis: Für die halbjährige
halbjährige Zeit 1,00 Mark, für die
vierteljährliche Zeit 0,50 Mark. Ein
jährlicher Preis 2,00 Mark. Der Preis
für den Postversand ist extra zu zahlen.
Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 1 Halle (S.) 7. Januar 1928 4. Jahrgang

Internationale Neujahrswünsche

Der päpstliche Nuntius

Der gemeinschaftliche Chronist bezeichnet die Neujahrswünsche der Staatsoberhäupter und der Völkern der Welt als einen Akt, der eine besondere Bedeutung hat. Sie sind nicht nur ein Ausdruck der Freundschaft, sondern auch ein Ausdruck der Achtung und des Respekts. In der Vergangenheit waren diese Wünsche oft nur ein bloßes Ritual, das ohne jede tiefere Bedeutung abgelesen wurde. Heute jedoch haben sie eine ganz andere Bedeutung gewonnen. Sie sind ein Ausdruck der Hoffnung auf eine bessere Zukunft, eine Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit. In der Zeit der Weltkriege haben diese Wünsche eine ganz besondere Bedeutung gewonnen. Sie sind ein Ausdruck der Sehnsucht nach Frieden und Gerechtigkeit. In der Zeit der Weltkriege haben diese Wünsche eine ganz besondere Bedeutung gewonnen. Sie sind ein Ausdruck der Sehnsucht nach Frieden und Gerechtigkeit.

Der amerikanische Pakt

Als vor längerer Zeit Briand nach Washington die Anregung richtete, an die Stelle des nunmehr ablaufenden Schiedsvertrages zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ein viel umfassenderes Abkommen zu setzen, blieb man im Weichen Hause zunächst stumm. Erst ganz allmählich wurde man drinnen geschwieger. Im Grunde genommen wünschte man eigentlich nur eine Verlängerung des geltenden Vertrages. Paris wollte sich und wurde dringend. Am 14. Februar am letzten Tage des Jahres dem französischen Geschäftsträger eine Note überreichte, die Einzelvorschriften enthält und das Schiedsgerichtsverfahren genau regelt, natürlich unter peinlicher Beachtung der Monroe-Doktrin, die keine Einmischungen in inneramerikanische Angelegenheiten duldet. Die französische Entschlossenheit wird nicht verhehrt. Der ganze Plan ist etwas hofflos geworden. Vor allem aber vertritt, daß Washington nur einen Nichtangriffspakt will, der gleichzeitig mit allen europäischen Mächten geschlossen werden soll. Das war die Meinung nicht. Was man in Paris ersehnte, war eine Ausschaltung Amerikas aus europäischen Sünden, also eine Art Rückversicherung, wenn man etwa auf dem alten Kontinent die Dinge nach eigenem Belieben ordnen wollte. Ein Vertrag aber, der Frankreich und seine Freunde verpflichtet, auch gegen Washington die Waffen nicht zu ergreifen, bekam einen ganz anderen Sinn. Deshalb werden vermuthlich die Verhandlungen ins Stocken geraten. Eine Unmöglichkeit des Weichen Hauses ist nicht zu erwarten. Und das ist gut so. Eher ließe sich denken, daß von neuem eine Welle von Europa erfole.

Wert zurückzuführen ist, wie allgemein behauptet wird, läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit sagen, doch spricht vieles dafür. Es ist natürlich auch nicht ausgeschlossen, daß er im Einverständnis mit Mellon und Kellogg geschrieben wurde. Nur werden wir darüber keine Auskunft bekommen, ehe nicht der Nachfolger für Coolidge gewählt worden ist. Man darf bei uns auch nicht vergessen, daß die Finanzkrise überdogen der Ansicht ist, man müsse erst diese Reparationsfrage mit feinen Höchstleistungen abwarten, ehe man einen entscheidenden Schritt tun könne. Inzwischen hat sich eine der Mitarbeiter des Domespalms, der amerikanische Finanzmann Sir Josiah Stamp in „Paris Bild“ geäußert. Auch er ist der Ansicht, daß eine Ausregulierung erfolgen muß, die alle Schäden umfaßt. Besonders wichtig aber erscheint eigentlich nur, daß er gerade ein französisches Blatt dazu aussersehen hat, um seine Meinung der Welt mitzuteilen. Es scheint überaus, und das hat auch der Artikel der „New York Herald and Tribune“ betont, daß der Widerstand in Frankreich gegen eine Reform schwächer geworden sei. Eine Bemerkung aber sei unbedingt gestattet. Nach dem amtlichen Ausweis hat Frankreich von den 3,3 Milliarden Franken, also 660 Millionen Mark, die es auf Grund der Reparation von uns 1927 erhielt, mehr als ein Sechstel für die Befragung am Rhein verbraucht. Das sollte doch den Franzosen selber zu denken geben.

Der marinkowitsch

In der Belgrader Kammer ist es zu einer politischen Aussprache gekommen, bei der es sehr viel freundliche Worte für Deutschland gegeben hat. Wir verzeichnen das ohne sonderliche Erregung, wenn wir uns natürlich auch nicht ablehnend verhalten. Aus der Vergangenheit etwas nachzutragen wäre richtig, dazu sind die Gegenwartsansagen zu schwierig und umfassend. Auch Marinkowitsch hat freundliche Beziehungen zu Berlin dringend empfohlen. Leider hat er sich damit aber nicht begnügt. In seiner Rede findet sich ein Satz, der nicht unerwiderter Weise den Kopf in die Höhe hebt, daß in Deutschland jetzt die besonnenen Elemente die Oberhand gewinnen, die 1914 nicht zur Welt kamen. Das ist eine geschichtliche Entstellung. So wenig wir für die kaiserliche Regierung eintraten haben, an ihrem Friedenswillen lassen wir nicht zweifeln, denn er ist atemlos bewiesen. Gerade ein fertiger Staatsmann sollte an diese Dinge nicht rühren. Aus dem Munde „Mut der Elben“ des ehemaligen Ministers Iwanowitsch wissen wir, daß das ferbische Kabinett von den Morbanfällen gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand sehr wohl unterrichtet war, und nach einem schwachen Versuch, die Tat zu verhindern, weder in Wien gewarnt, noch die Grenzen genügend gesichert hat. Diese Auffassung ist heute Allgemeingut und namentlich aus den amerikanischen Historikern endgültig festgelegt worden. Wenn Jugoslawien mit Deutschland gut nachbarliche Beziehungen unterhalten will, und wir begrüßen Sie wie mit jedem anderen Staat der Erde, so soll es das Nützlichste still ruhen lassen und nicht selbst den Vorhang von Ereignissen heben, die für Belgrad eine unaussprechliche Schuld darstellen.

Seure Monarchen.

In der republikanischen Wochenzeitschrift „Deutsche Republik“ schlägt Professor Grew die das Schlagwort von der „wohlgeleiteten Monarchie und der künftigen Republik“ mit eindrucksvollen Zahlen zu Boden.
Die Gesamtausgaben für die Minister, die Parlamente und die Reichspräsidenten sämtlicher Länder betragen rund 20 Millionen Mark.
Im Haushalt für 1913 standen folgende Ausgaben für die Fürsten:
Preußen 21 965 000 Mark
Bayern 6 865 000 „
Sachsen 4 311 000 „
Württemberg 2 479 000 „
Baden 1 512 000 „
Sachsen 1 265 000 „
38 697 000 Mark
Die sechs größten Länder gaben 38,7 Millionen Mark allein für die Fürsten aus, wobei die Kosten von Ministern und Parlamenten der Reichsregierung noch nicht einmal zum Vergleich herangezogen worden sind! Ebenso ist die Gebührentwertung nicht berücksichtigt worden. Mehrere Zahlen!

Das moralische Gleichgewicht

In einem Interim, das er dem Sunday Chronicle schickte, hat Mussolini die Entwicklung in einer Weise gesprochen, die von seinem bisherigen Verhalten abweichend. Kriegserfolge sind völlig ausbleibend, was umso angenehmer berührt, als der Duce noch in wenigen Monaten behauptet hat, daß in den Jahren 1930 bis 1935 ein neuer Aufbruch über das Schicksal der Welt entscheiden werde. Dienen Gedanken hat er jedoch fallen gelassen. Wenn man ihn nicht zwischen 2 Jahren herauslösen will, was aber eine Notwendigkeit ist, so vorhanden ist. Mussolini gibt diesem eben begonnene eine neue Bedeutung, die weit hinausgeht über das, was wir von ihm erwarten. Er ist nämlich der Auffassung, daß 1928 das durch den Weltkrieg erschütterte moralische Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Das klingt ausgesprochen, obwohl man sich nicht allzu viel dabei denken mag. Wie sich das konkretisieren lassen soll, ist vorläufig ein Geheimnis. Ein Kommentar ist bis zu dem Zeitpunkt man sich aber nicht auf das Interview ein, so wird in dieses Interview als den Ausdruck einer erheblichen Zustimmung betrachtet dürfen. Man darf nicht vergessen, daß das dieselbe Kirche des Diktators sich gegen Frankreich und Jugoslawien richtet. Inzwischen haben durch dieses Vermittlung die Berühmte eingeleitet, zwischen Rom und Paris eine Annäherung herbeizuführen, die natürlich die Belgrad umfassen muß. Der italienische Gesandte in Bern, Malacarne, ist bei Marinkowitsch gewesen. Wie vermutet, will man den sogenannten Pakt von Rom, das serbisch-italienische Abkommen, das am 27. 1. gefordert oder verlängert werden muß, stillschweigend weiter laufen lassen. Offenbar fehlen noch geeignete Grundfragen zur Vereinbarung. Da man sich aber an der Seine ehestlich bemüht, so Spannung zu befechtigen, wird vielleicht eine Einigung nicht werden. Wahrscheinlich ist das die Ursache des frieblichen Neujahrswunschs.

Der Domespaln

Es ist möglich, zu fragen, welche Haltung die Vereinigten Staaten anlässlich zu dem Gedanken einer Revision des Domespalms einnehmen. Eher nicht die Präsidentenwahlen vollzogen sind, wird man im Weichen Hause niemanden klaren Mein einbringen. Es wäre ungewiss. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit, die finanziellen Fragen anders als bisher zu regeln, auch in Washington längst durchgedrungen ist. Ein Artikel der „New York Herald and Tribune“ hatte Ende Dezember erhebliches Aufsehen erregt, weil er diese Notwendigkeit unumwunden aussprach. Ob er auf Parter

Parteifreunde, vergeßt es nicht!

Werbet Mitglieder, sendet Werbeanzeigen ein.

Verbands Neuführung

In einem anderen englischen Sonntagblatt, der Sunday Times hat sich der französische Außenminister über die Lage geäußert. Daß er mit Wohlstand zu einem Erlöse erreichen zu können hofft, liegt wohl im Gang der Entwicklung begründet, da der neue Vorkämpfer der Sowjets weniger Taten in Paris eintrifft und die Verhandlungen der den vorgeschlagenen Nichtangriffspakt einstellen soll. Ich die freundlichen Worte an die italienische Adresse nehmen wir mit Genugtuung. Nur unsere alldeutschen Herren setzen auf einen Aufbruch zwischen den beiden Mächten ihre Hoffnungen. Vernünftige Leute wissen, daß es dabei nicht gewinnen, wohl aber sehr viel verlieren können. Auch das Balkanloano, das Briand wünscht, um bei uns seinen europäischen Bekannten begegnen, obwohl er nicht weiß, wer die Garantien dafür übernehmen soll. Ein D'Alcazo, das ja immer wieder von den Franzosen als die Tagesordnung gesetzt wird, aber ist nicht zu denken. Sie sind vor zwei Jahren Polen gegenüber bis an die



Minister Dr. Schreiber spricht in Delitzsch.

Die großen Wahlversprechungen, die nicht gehalten wurden. — Kritik an der Gewerbeertragssteuer. — Die kostspielige Konfessionschule, eine nationale Gefahr. — Reichstagswahlen spätestens im Herbst.

Delitzsch, den 6. 1. In einer gut besuchten Versammlung der Ortsgruppe der Deutsch-Demokratischen Partei sprach gestern abend in Delitzsch im „Alten Schützenhaus“ der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Herr Staatsminister Dr. Schreiber. Die Zuhörer folgten mit Spannung seinen interessanten und überzeugenden Ausführungen. Gemüthsstimmungen waren, wenn die Führer der Delitzscher Kaufmannschaft und des Handwerks ebenso wie viele der Mitglieder ihrer Organisationen an der Versammlung teilgenommen hätten. Daß gerade ihnen der preussische Handelsminister allerding zu sagen gehabt hätte, konnte man voraussehen. Es blieb der Bezirksleitung der KPD vorbehalten, in der Diskussion in der bekannten Landtagsabgeordneten Krieger-Halle eine Korrespondenz zu stellen, was Minister Schreiber Gelegenheit gab, seine Bewandtheit als Debattierender zu zeigen. Die Gegner von rechts hätten es vorgezogen, sich im Schweigen zu hüllen, sie wären, wenn sie sich dem Referenten gefügt hätten, dabei auch nicht gut weggekommen.

In seinem Referat ging Minister Schreiber von der ersten Aufgabe aus, daß wir die letzten Wahlversprechungen ohne die übliche Regierungskrise überstanden haben, erfreulich deshalb, weil die leitenden Männer Gelegenheit haben sollen, ihre Ziele zu verwirklichen, sie sollen zeigen, was sie können. Auch vom Standpunkt der Außenpolitik ist es nicht gut, daß immer wieder andere Männer die Verhandlungen führen. Gerade da es in Deutschland nach dem Kriege immer noch Wähler gibt, die nicht begreifen, daß es nach dem Verlust des Weltkrieges, nach der Infation usw. nicht gleich wieder so schön sein konnte wie vor 1914, die in dem Wohl leben, die Schuld daran läge an den mangelhaften Talenten der republikanischen Führer, sei es erwünscht, daß die Rechtsregierung noch länger die Möglichkeit hat, zu zeigen, was sie vermag. An dem praktischen Beispiele nur könnten diese Kreise lernen, ob es wirklich besser werde, wenn die Deutschnationalen regieren.

Die bisherigen Erfolge der Rechtsregierung sind aber, wie der Minister betonte, sehr mager. Sie stehen in seinem Einklang mit den himmelhohen Versprechungen, die man vor den Wahlen gemacht hatte. Auf dem

Gebiete der Außenpolitik

ist zunächst mit Befriedigung festzustellen, daß durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Stellung unseres Vaterlandes genommen habe. Heute endlich könne Deutschland mit demselben Recht wie andere Mächte an der Regelung internationaler Angelegenheiten (wie Danziger und Saargebietsfragen) in Geis teilnehmen. Die Erfolge in Geis betrafen die Deutschnationalen, die den Eintritt in den Völkerbund stets bekämpften, aber nicht auf ihr Konto verbuchen. Zur Zeit ist auf dem Gebiete der Außenpolitik zweifellos eine Stagnation eingetreten. Gerade die Räumung des Rheinlandes ist im letzten Jahre in keiner Weise vorangeschritten. Die Verringerung der Besatzungstruppen war schon im vorhergehenden Jahre vereinbart. Das ist besonders enttäuschend für diejenigen, die geglaubt hatten, die Rechtsregierung werde eine „forscher“ Außenpolitik betreiben, was die Deutschnationalen bei ihrem starken Einfluß im Reichstagnumt sehr wohl hätte durchsetzen können; aber diese sind eben innerlich selbst davon überzeugt, daß zur Zeit eine solche Politik nicht möglich ist. Für die Räumung des besetzten Gebietes werden die Wahlen in Deutschland, Frankreich etc., entscheidend sein. Der Minister betonte in diesem Zusammenhang, daß das Sympathisieren der Deutschnationalen mit den Wehrverbänden unsere Außenpolitik sehr erschwert habe.

Wirtschaftspolitik

bedeutet das Jahr 1927, so fuhr Staatsminister Dr. Schreiber fort, einen Fortschritt, da es einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit brachte, wobei noch zu bedenken ist, daß jährlich mehrere 100 000 Jugendliche, die die Schule verlassen, in den Produktionsprozess aufgenommen werden müssen. Die letzten Monate haben Rekordhöhen auf dem Gebiete der Eltern- und Schülerzeugen gebracht, ebenso auf dem Gebiete Stellenbesetzungsfragen. Eingehend zeigt der Referent den erneuten Aufschwung des Sparstagnummens und dessen Bedeutung für die Volkswirtschaft. Troh aller Enttäuschungen der Inflationszeit stiegen die Sparleistungen in Deutschland in der Zeit von Ende Januar bis Ende Oktober 1927 von 3380 Mill. auf 4400 Mill. M. Diese Entschärfung des Sparstagnumms ist von größter Bedeutung gerade für das Wohlfühlens, da die Sparleistungen entsprechend ihrer Tätigkeit in der Kriegszeit im letzten Jahre wieder dazu übergingen, 60 Prozent ihrer Einlagen als Hypotheken auszuliehen. In Preußen konnten daher 1927 120 000 neue Wohnungen gebaut werden. Das war nur möglich durch die starke Sparfähigkeit aller Schichten und durch die Politik der Sparstagnumms, das Hypothekengeschäft im alten Umfang wieder aufzunehmen.

Die Nationalisierung

so führte der Referent weiter aus, sei nur möglich, wenn das erforderliche Kapital dazu ist, sie ist aber notwendig, da wir sonst von den kapitalistischen Ländern sogar auf dem eigenen Markte geschlagen werden würden. Hinsichtlich der Steuerpolitik hob Minister Schreiber hervor, daß auf diesem Gebiete von der Rechtsregierung nichts unternommen worden sei, obwohl man vor den Wahlen versprochen,

die vielen Steuern durch einige wenige zu ersetzen, sowie die Steuern überhaupt abzubauen. Der Wirtschaftspartei warf der Minister vor, trotz ihres Einflusses auf die Reichsregierung lasse sie nicht erkennen, was für Reformen sie wolle. Das Steuervereinfachungsgesetz ist von der Wirtschaftspartei mit lebhafter Enttäuschung aufgenommen worden. Völlig unverständlich sei die Regelung, wonach die

Freizone bei der Gewerbeertragssteuer

die vor dem Kriege bereits 1500 Mill. betrug, trotz der Geldentwertung nur 1000 Mill. betragen solle, während man fälschlich mit Recht die Freizone der Selbstbedienen erhöht hat. Wenn der kleine Gewerbetreibende trotz seines niedrigen Einkommens eine solche besondere Steuer tragen soll, so muß das verbittert werden.

Redner bezeichnete es ferner als notwendig, daß alles Gesehene müsse, um den Mittelstand zu erhalten und zu stärken. Es ist kein gesunder Aufbau der Wirtschaft, wenn zwischen den Arbeitnehmern und den Führern der Großwirtschaft keine Mittelstufe vorhanden ist. Der Einzelmann muß eine Möglichkeit zum Aufstieg haben.

Während bei den letzten Wahlen die Rentner vielfach den Versprechungen der Rechtsparteien glauben und diese unterfächeln, stellt heute bereits das Organ des Deutschen Rentnerbundes fest, daß die einzige Partei, die keine Versprechungen, aber für die Rentner gehandelt hat,

die demokratische Partei gewesen sei. Eingehend behandelte der Referent ferner die Frage der Beamtenbeholdung, deren Erhöhung notwendig gewesen sei, was gerade im Interesse der Wirtschaft gelegen habe. Ohne der energischen Haltung Preußens wäre aber wohl die Erhöhung um 25 Prozent gestiftet worden.

Innenpolitik

ist im letzten Jahre in jeder Beziehung eine Konsolidierung eingetreten. Die ist notwendig, da nur dadurch die Wirtschaft instand ist, sicher wieder aufzubauen. Treffend kennzeichnete Minister Schreiber die Deutschnationalen in diesem Zusammenhang als „Richtlinienverstoßler“. Gerade der Monarchist Graf Westarp war für die Verankerung des Gesetzes zum Schutze der Republik, obwohl dieses die Würde des Kaisers vermindert. Scharfe Kritik übte der Redner an der drohenden

Konfessionschule

won der man bei den letzten Wahlen eigentümlicherweise mit keinem Wort gesprochen hat. Eingehend zeigte er, wie dadurch die Zerplitterung und Zerkümmung in unserer Volks noch mehr zunehmen werde. Wer eine nationale Politik treiben will, muß gerade darauf hinwirken, daß endlich alles Trennende zurückgestellt werde. Wenn für die höheren Schulen die Simultanschule seit 4 Jahrzehnten gilt, so soll das auch für die Volksschule gelten. Die Zerkümmung ist es aber leider allein, die die Einmischung der Kirche in ihre Verhältnisse zurückweist. Das müßten aber alle Volksschichten tun, wenn sie sich klar wären über die unangehörigen Mehrrufen, die die Zwergschulen verursachen werden. Jede kleine Religionsgemeinschaft ist auf Grund des Reichsschulgesetztes imstande, für sich eine eigene Schule zu fordern. Der Redner betonte, daß die Deutsche Volkspartei trotz ihrer kulturpolitisch liberalen Veranlagung nicht die nötige Energie aufbringen wird, um das Gesetz zu verhindern. Das Vorhandensein der

Spitzenparteien

so fuhr der Minister weiter fort, ist im Interesse des Mittelstandes zu bewahren. Die Wirtschaftspartei zerplittert die liberalen Kräfte.

Hinsichtlich der Vereinfachung der Verwaltung zeigte der Redner, wie die Kleinmäterei aus der Zeit der Monarchie herrührt, also nicht auf das Konto der Republik kommt. Die 2000 Abgeordneten in Deutschland sind längst noch nicht so kostspielig, wie die Monarchen es waren. Während die 2000 Abgeordneten nur 12 Mill. jährlich erhalten, betragen die Bezüge des Königs von Preußen allein 17 Mill. M. Neben der Beteiligung der Kleinmäterei, forderte der Redner, muß auch der Finanzjargon vereinfacht werden. Wenn heute die Deutschnationalen, die abgesehen vom Landbund für den Einheitsstaat im Gegensatz zu anderen Parteien noch nicht eintreten, eine Stärkung der Position des Reichspräsidenten dergestalt fordern, daß nicht das Parlament, sondern der Präsident die Regierung bestimmt, so glaubt der Minister nicht an den Ernst dieser Forderung, denn außer deutschnationalen könne es wohl, ja auch einmal sozialdemokratische Reichspräsidenten geben.

Das Jahr 1928 wird, wie Minister Schreiber am Schluß seines Vortrages ausführte, wichtige Entscheidungen bringen. Anfang Mai werden wahrscheinlich die Gemeindevahlen stattfinden, spätestens im Herbst die Wahlen zum Reichstag und Landtag. Dann mag das Volk darüber entscheiden, was geliebt und was nicht geliebt worden ist. Diesmal wird es über die gerechter urteilen, die 1918-19 die Herren überhätten und trotz aller Anfeindungen die Verantwortung übernahmen. Lebhafter Beifall folgte den Darlegungen des Redners.

An der Diskussion beteiligte sich nur die kommunistische Landtagsabgeordnete Krüger. In ihrer Antwort auf ihre Ausführungen ging Minister Schreiber auf das Ver-

hältnis Deutschlands mit Rußland ein. Er würde Hebung des Wirtschaftsverkehrs mit diesem Lande sehr begrüßen, aber leider brauche Rußland zunächst Kredite, vor es auf dem Weltmarkt taufen könne.

Oesterreichs Sorgen.

Die österreichisch-deutsche Zusammenarbeit.

Burgund, Auslandsanleihe, Koalitionserweiterung

Der Streit über den Waffenschnitzel an der deutsch-österreichischen Grenze hat plötzlich das internationale Interesse wieder auf das Schicksal der österreichischen Nachfolgestaaten gelenkt. Man hat sich in Österreich in diese Vorgänge umso mehr aufgeregt, als zwischen Bpest und Wien wieder einmal gewisse Spannungen aus dem Burgundland entstanden waren. In Deutschland, die eigenen innenpolitischen Sorgen, sei es in der Abber der Reparationsfrage, was eine förmliche parlamentarische Arbeit das politische Interesse fast ganz in Anspruch nimmt, ist man mit dem Problem der österreichischen nicht ohne weiteres vertraut. Daran ändert nicht daß gerade jetzt wieder die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich auf Spezialgebieten im strengen Charakter annehmen wird. Treffen doch in dieses Monats wieder Vertreter des österreichischen Nationalrates in Berlin ein, um mit 10 deutschen Reichstagsabgeordneten über die Angleichung des Strafrechts zu verhandeln. Diese Verhandlungen, die im November vorigen Jahres schon einige Tage in Wien geführt worden, sollen jetzt dazu führen, daß zunächst der allgemeine Teil des künftigen deutschen und österreichischen Strafgesetzbuches einander angepaßt werden. Neben diesen rüstlichen Verhandlungen stehen auch die Wirtschaftsverhandlungen mit Österreich immer noch bevor, die eine Erleichterung des Warenverkehrs zum Ziel haben werden. Aber wie gesagt, mit dem Sonderproblem der österreichischen Politik ist man in Deutschland nicht unbedingt vertraut, gleichwohl es sich um innere Politik Österreichs handelt oder um die aktuellen außenpolitischen Probleme wie das Burgundland.

Der Vertrag von St. Germain hatte das Burgundland Österreich zugewiesen. Ein ungarischer Freischärlar fall suchte den Vertrag zu forcieren und man entschied sich in dem Benediger Protokoll darauf, daß die St. Odenburg über ihre Zugehörigkeit zu Österreich o Ungarn abstimmen dürfe. Unter dem Druck der ungarischen Freischärlar, die Odenburg besetzt hielten, fiel Abstimmung zugunsten Ungarns aus. Damit war a wohl auch hergestellt, daß das übrige Burgundland östreichischer Besitz sei. Als aber vor wenigen Tagen österreichische Bundeskanzler Seipel im Nationalrat erklärte, die ungarische Regierung habe alle Ansprüche o das Burgundland aufgegeben, kam ein unvermutetes e aus Budapest. Im ungarischen Abgeordnetenshaus erließ der Außenminister, daß ein entgeltlicher Verzicht auf o Burgundland niemals stattgefunden habe, daß die ungarischen Ansprüche unanverändert beständen, wenn man a das Benediger Protokoll als juristisch gültigen M trachten müsse.

Es ist verständlich, daß man sich über solche e klärungen in Österreich nicht beunruhigt, weil h außenpolitische Störung den inneren Aufbau des e des empfindlich tören muß. Für diesen inneren wirtschaftlichen Aufbau sind gerade jetzt wichtige Schritte geföhrt worden. Österreichs finanzielle Sanierung ist durch Jahre 1923, die den Gläubigeremäßigkeiten weitgehende u trallachte gab. Der Kapitalbedarf der österreichischen Wirtschaft war durch diese Anleihe naturgemäß nicht o gedeckt, sodas man neue Kredite wünschte. Sie zuch nur mit Zustimmung der Gläubigerstaaten aufgenommen werden, und diese Zustimmung ist nunmehr erteilt word o daß Österreich der Weg zu den ausländischen Finanzmärkten freigeschaltet worden ist. In den ersten Monon dieses Jahres soll eine große österreichische Anleihe in anleihe im Ausland untergebracht werden, die sicher dazu beitragen wird, die österreichische Wirtschaft stärken.

Aber das Kabinett Seipel, für das die Zustimmung der Gläubigeremächte zur Aufnahme einer Anleihe sicher einen Erfolg darstellt, müßte, wenn der österreichische Wiederaufbau wirklich gesichert werden soll, nicht n außenpolitische Gefahren umgehen, sondern auch im Störungen zu vermeiden suchen. Die Gefahr solcher neuer Störungen ist leider ziemlich groß. Die rechtstalen Heimatwehren in Österreich haben ein großes A rüsten gegen die Sozialdemokratie eingeleitet. Kein W der, daß verantwortungsbewußte österreichische Politik als Folge dieses Aufrüstens einen Bürgerkrieg kommen sehen und nach Mitteln suchen, ihn zu verhindern. Dar geht es gerad, daß der frühere sozialdemokratische Staat kanzler Dr. Renner, unterstützt von dem sozialdemokratischen Parteitag, den Versuch unternommen hat, den österreichischen Führer, Bundeskanzler Seipel, zu einer e sammensetzung der politischen Kräfte in einer großen gierungskoalition zu bewegen. Eine solche Einigung o Sozialdemokraten und der Christlichsozialen in der t rale Wien würde natürlich auf die Gegenseite der P teien im Lande milderen Einfluß ausüben. Aber W deskanzler Seipel hat das Angebot einer Koalition v läufig sehr kühl behandelt. Das bedeutet gewiß eine e schwärzung der Koalitionsmöglichkeiten. Aber die öst rlichsoziale Partei sollte sich in ihrer jetzigen Stellung o nicht allzu sicher fühlen und sollte doch ein ganzes e gegenkommen an die Sozialdemokraten verlaufen, um d ungenötigten Wiederaufbau, den Seipel seit Jahren o folgt, eine ausreichend breite Grundlage zu geben.

Bejahungsgeneral Mordaca.

Ein Typ, reif zum Abbau!

Man sollte sich heute in französischen Heere und denkt, das zeigt das Buch des Generals Mordaca die deutsche Mentalität. Mordaca war in erster Linie ein Kabinetschef im Kriegsministerium unter Haug. Von Anfang 1920 bis Januar 1925 war er ein einflussreicher Stellvertreter des Befehlshabers des 3. Armee-Korps in Wiesbaden tätig und hat anschließend General häufig den interalliierten Oberbefehlshaber vertreten.

Die erste Empfindung, die den General bei Antritt seines Amtes in Wiesbaden erfüllte, war die der Befriedigung. Immer wieder läßt er seine Freunde er durchblicken, daß er in dem früheren Kaiserlichen Offizier, das er in der Oper und im Kuriaal die Idee zogen einnimmt, und daß er bei Empfängen und in beim Ansehen der Mäde usw. die Ehrenbezeugungen in demselben Saale und von demselben Schloß einnimmt, wie einst Wilhelm II.

Die geistvollere Kraft bezieht er seine Streitkräfte den Truppen befand sich auf Negeer. Mordaca sah, daß es ihm persönlich gelungen sei, im vorhergehenden Jahre Clemenceau zu bestimmen, eine Section 1. Brigade an den Rhein zu schicken, obwohl die Regierung der Kolonialtruppen sich wegen des wirtschaftlichen Klimas ablehnend verhielt. An anderer Stelle bemerkt er, daß er im Jahre 1919 sich mit dem General durchgesetzt habe, die Eroberung Marokkos mit von Deutschen zum Abschluß zu bringen, und andererseits Rhein mit Marokkanern zu bewachen. Das Bewußtsein einer auf ganz Marokko zu vertheilenden der Fremdenlegion, die ja zu einem sehr hohen Maß aus Deutschen besteht, und ungetrübter Rückgang von Regimentern aus der marokkanischen Welt und deren Wirttransport an den Rhein.

Mordaca hat den lebhaftesten Drang, seinen Mut zu beweisen und möglichst reiches Vorgehen gegen das bedrückende Deutschland. Mit Stolz und Freude erzählt er, daß er im April 1920 die große Stadt Frankfurt am Main und Hanau und das Schloß in Bonn, d. H. Höhe erobert hat. Er betrachtet die Veränderungen in eine friedliche Stadt, die überhaupt kein Widerstand leistete, als eine Art kriegerischer Operation. Um ganz sicher zu gehen, ließ er allerdings die Polizei sofort entlassen. Mit Befriedigung erzählt er, daß der Vorkauf der der Saupumpe (wo der die Maschinen plötzlich mit Maschinengetrieben in die Schraubenwerke löst und jährliche Bürger löste und (er wieder), dazu beitragen habe, den Widerstand der Bevölkerung im Reine zu erstickten.

Er ist nicht verwundert, daß er die kurz darauf erlangte Anerkennung für einen Sechler hielt. Er ist sich schuldig bedauert, daß er bei jeder politischen Gelegenheit für eine Bestätigung des Vorgehens eintrat. Als Ziel glücklicherweise erreicht war und als man auf den post-Widerstand sich, dem Kommando, wie Mordaca sagt, imstande gegenüberstand, da gehörte Mordaca fest zu denen, welche die drakonischen Maßnahmen befestigten. Er ist einer der geistigen Väter der Mordaca-Verordnungen. Noch im Mai 1923 trat er lebhaft an, daß man Frankfurt von neuem besetzt sollte. Der Reichsstandpunkt des Gegners zeigt er nicht das die Verhältnisse.

Er versteht sich von selbst, daß Mordaca auch einer der Förderer des Separatismus war. Er beklagt sich über den bei seiner Ankunft im Jahre 1920 keine neuen Maßnahmen geben wollte. Erst einige Zeit nach dem von Paris Diktation genommen, die Zeit nach dem Rheinland zu einer Einflusssphäre Frankreich zu machen. Klare präzise Instruktionen in schriftlicher Form seien allerdings auch damals nicht zu erwarten. Dagegen seien in großer Maß mindliche Befehle genommen, die schließlich gleichsam zu unebenen Gesetzen wurden.

sonderer Obhut erfreute sich der in Wiesbaden wohnende Separatistenführer Dr. Dörten, den die bösen Menschen im Jahre 1920 (wegen Hochverrats) hatten zur Verantwortung ziehen wollen. Mordaca gibt offen zu, daß er seiner vorübergehenden Verhaftung Dörten ein Offizier in dessen Haus unterbrachte, der die Aufgabe mit ihm heraufstellten. Mordaca hatte häufig Beziehungen mit führenden französischen Politikern über die deutsche Frage, z. B. mit Barres, der nach Mordaca's Zeugnis freundschaftlichen Beziehungen mit Dörten hatte, ferner mit dem Senator Daricq und dem Abgeordneten Paul-Boncompagni. Mit ihnen erörterte er die Ausdehnung der Separatistenbewegung und die Notwendigkeit der Unterstützung, die sie unterstützen. Als dann Dörten im Jahre 1923 in Deutschland höchster Not lösung, ebnete sich ihm die Wege.

Wie ein roter Faden zieht sich durch das Buch der Gedanke, man müsse den Deutschen zeigen, daß sie die Bestrafung und daß die Franzosen die Sieger sind. Er empfindet die Politik der starken Partei. Die Quintessenz seiner im Rheinland gesammelten Erfahrungen stellt er den Satz auf, die Deutschen seien ein Volk, das von Jugend auf daran gewöhnt ist zu gehorchen. Man komme mit ihnen am besten aus, wenn man ihnen die Bestrafung hindurch kommen Mordaca die Rheinland Bevölkerung nach diesem Rezept behandeln. Zum Schluß erweisen sich die Verhältnisse in der Tat als diese Verhältnisse. Im August 1924 wurde durch das Londoner Abkommen die Außenpolitik und der Separatismus liquidiert und Anfang 1925 wurde Mordaca versetzt.

Das Buch Mordaca's hat in Frankreich binnen kurzer Zeit mehrere Auflagen erlebt. Der General hätte seine Gedanken nicht so offen und rückhaltlos dargelegt, wenn er nicht die Abneigung gehabt hätte, daß ein großer Teil der Offiziere und viele rechtsextreme Politiker ebenso denken wie er. Angesichts der Befestigung dieses hohen französischen Offiziers, der nach Wahrung von Recht und Gerechtigkeit eine andre Gewalt- und Eroberungspolitik befürwortet, erscheint unser Ruf nach allgemeiner Wahrung nur zu berechtigt.

Die Sonderfonds im neuen Reichshaushalt.

Kontrolle der Geheimausgaben?

Im neuen Reichshaushalt finden sich wieder eine Anzahl von Sonderfonds, die der parlamentarischen Kontrolle des Reichstages entzogen sind. Dem Reichspräsidenten ist ein kleiner Fond von 75 000 M. zur Verfügung gestellt. Eine weitere Verfügungssumme zu Bewilligungen aller Art ist im Haushalt des Reichsfinanzministers in Höhe von 26 Millionen Mark vorgesehen, für deren Verwendung der Reichsminister der Finanzen verantwortlich ist. Im Haushalt des Reichsfinanzministers ist veranschlagt eine Summe von 384 000 M. zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inland. Die Jahresrechnung darüber unterliegt der alleinigen Prüfung des Reichsrechnungsausschusses. Schließlich sind für den Reichsanwalt noch 10 000 M. zur Verfügung für unvorhergesehene Ausgaben angefordert.

Der bekannte Geheimfond des Außenministers, der im vorigen Jahre noch 7 Millionen Mark betrug, ist jetzt auf eine Million auf 6 Millionen Mark vermindert worden. Die Mittel unterliegen nicht der Prüfung des Rechnungshofes. Dem Reichsminister des Auswärtigen steht weiter ein Fond von 6 Millionen Mark zur Verfügung zur Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Ausland. Schließlich sollen ihm noch bewilligt werden 2 Millionen Mark zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland und 416 Millionen Mark zur Pflege des deutschen Nachrichtenwesens im Inland. Diese beiden Fonds stehen ausschließlich zur Verfügung des Reichsministers des Auswärtigen. Die Jahresrechnung unterliegt der alleinigen Prüfung des Reichsrechnungsausschusses.

Verhältnismäßig zahlreich sind die Sonderfonds, die für das Reichsministerium des Innern angefordert werden. Hier sind vorgesehen eine Million Mark zur Förderung kultureller gemeinnütziger Einrichtungen und Verbindungen. Es handelt sich hier in wesentlichen um Einrichtungen der Kraftschloßgesellschaften. Weiter werden verlangt zur Förderung des Turn- und Sportwesens eine Million Mark, zur Förderung der auf kulturelle Förderung des Volkes, insbesondere der Jugend gerichtete Förderung von 200 000 M., zur Förderung der auf geistliche Förderung des Volks gerichtete Förderung von 500 000 M. Der Betrag dient insbesondere der Säuglings-, Kleinkinder- und Krippenpflege. Ein Sonderfond zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke beläuft sich auf 1,7 Millionen Mark. Hier ist die Verwendung im einzelnen festgelegt. Zur Bekämpfung des Alkoholschadens und der damit zusammenhängenden Gesundheitschäden sind 1,4 Millionen Mark vorgesehen. Für den Nachrichtendienst des Reichsministers für Lebensmittel- und öffentlichen Ordnung sind 240 000 M. angefordert.

Der deutschnationale Reichsinnenminister von Kuehnler fordert weiter 200 000 M. für persönliche und sachliche Kosten für Maßnahmen zum Schutz der Republik an. In der Begründung dieses Titels heißt es: „Es erscheint notwendig, auch für das Rechnungsjahr 1923, Mittel für Maßnahmen zum Schutz der Republik anzufordern.“ Im Reichsministerium für die besetzten Gebiete besteht ein Sonderfond von 3 Millionen Mark, der zu Zwecken der kulturellen Fürsorge im besetzten Gebiet verwendet werden soll. Für besondere Zwecke des besetzten Gebietes werden außerdem noch 400 000 M. angefordert.

Schließlich befindet sich im Etat des Reichswehrministeriums zur Verfügung des Reichswehrministers für besondere Zwecke noch ein Geheimfond in Höhe von einer Million Mark. Die Jahresrechnung unterliegt der alleinigen Prüfung des Reichsrechnungsausschusses, der auch die Entlastung erteilt. Im Zusammenhang mit dem Geheimfond im neuen Reichshaushalt ist eine Zentrumsäußerung über die Kontrolle hervorzuheben, die Dr. Hermann Lüft in „Reichsdeutschen Volksblatt“ (Münchener-Blatt) veröffentlicht hat. In dem Aufsatz des Zentrumschattens heißt es: „Was gelegentlich über die Verwendung dieser Geheimfonds in die Öffentlichkeit dringt, ist wenig erfreulich. Man kann sehr verschiedener Ansicht darüber sein, ob solche Geheimfonds auf die Dauer viel Nutzen stiften werden. Wo die Verwendung solcher Fonds tatsächlich keiner Aufsichtskontrolle unterliegt, da wird auf die Dauer die Gefahr einer nicht angemessenen Verwendung außerordentlich groß werden, auch die Gefahr einer Festlegung dieser Gelder in regelmäßigen Zahlungen, deren Zweck, an sich betrachtet, einigermaßen fragwürdig ist.“ Der Verfasser erörtert sodann die Möglichkeiten einer solchen Kontrolle. Er hält dabei eine Prüfung durch den Reichspräsidenten, durch den Reichsanwalt oder durch den Direktor des Rechnungshofes für unzureichend und schreibt, es scheint nur die Möglichkeit einer parlamentarischen Kontrolle übrig zu bleiben, in dem Sinne, daß das Parlament einem Manne oder höchstens einem Kollegium von 2 Männern die Ausgabe dieser Prüfung mit praktisch unbeschränkter Vollmacht in der Durchführung seiner Aufgabe übertragen würde. Der betreffende Herr würde sich dann zunächst in entsprechender Form vor dem Reichstag äußern und seine Darlegung, auch wenn sie nur endgültige Urteile abgibt, würde dann für die Bewilligung in weitem Umfange maßgebend sein. Ein Zustand,

in welchem eine solche Kontrolle nicht grundsätzlich und fortgesetzt durchgeführt wird, gegenüber allen Haushaltspositionen, welche sich direkt oder indirekt zur Korruption eignen, ist unerträglich. Hier muß so bald wie möglich Wandel geschaffen werden und zwar grundsätzlich.

Das Keßeltreiben gegen Graf Jedlich-Zeilshöfer.

Graf Jedlich-Zeilshöfer, der Verfasser des 1923 erschienenen Buches „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“, er greift — zum erstenmal seit dieser Publikation — im „B. T.“ das Wort, um sich mit den Kritiken und Anfeindungen seiner Gegner auseinanderzusetzen. Dabei kommt er, nur in einer beiläufigen Anmerkung, auf den persönlichen Boykott zu sprechen, den die Junker- und Adelskaste wegen seines Buches gegen ihn verhängt hat. Er schreibt:

Es dürfte noch verfrüht sein, und es ist hier wohl auch nicht der geeignete Ort, aufzuzeigen in welchen zum Teil förmlichen Formen in Einzelfällen sich der Boykott gegen mich ausgewirkt hat. Immerhin kann ich schon jetzt sagen, daß die zahlreichen Bannflüche, Ausschließungen aus Vereinen und Klubs sowie die niederträchtigen Machinationen gegen meine Stellung als Mitglied von Ausschüssen und als Vorsitzender des Ausschusses der Zuerfabrik in späterer Zeit ein futuristisch-sittlich interessantes Bild der einseitigen und harten Einstellung gewisser Kreise abgeben und die Waffen zeigen werden, mit denen rückständige Gesellschaftsklassen gegen einen einzelnen kämpfen. Zu den sonderbarsten und originalsten Vorgehensarten aber gehört es, daß man mich auch gebeten hat, aus einem Verein auszutreten, in dem ich niemals Mitglied war. Ferner Oberst von Berge und Herrmannsdorff-Krieger, die Leitung dieses Schützengildevereins in Glogau, haben die Verlegung dieses Schützengildevereins vorbestimmt. Er wollte wahrscheinlich die Schützengilde überbetonen, die den weissen Brauch hatten, eben aus einem Verein auszutreten, der die Mittelmächtigkeit übertrage. Man schickte mich benachrichtigt über den Herzog Albrecht zu Schleswig-Holstein in Brankmar, der meine, Grafen nicht schicken zu können, wenn ich auf der Jagd anwesend wäre. Diese Meinungsäußerung eines bedeutungslosen Prinzen machte auf den Jagdberechtigten, mit dem ich seit Jahrzehnten in freundschaftlichen Beziehungen stand, solchen Eindruck, daß er mich wirklich mit entsetzlichen Worten schriftlich von der Jagd ausschloß, obgleich er sich nach seinen eigenen Angaben über die Berechtigung des Boykotts noch nicht habe orientieren können.

Ich führe diese Beispiele an, weil sie für die Mentalität meiner Gegner besonders charakteristisch sind. Ich könnte sie an Hand meines Materials beliebig vermehren.

Graf Jedlich-Zeilshöfer in seiner unabhängigen Position nimmt diese Anfeindungen zwar sehr humoristisch. Daß aber der junkerliche Boykott ein sehr ernstes Gesicht haben kann, lehrt der bekannte Fall des jungheftigen Ordensbruders v. Tresdow. Hier hat sich bekanntlich der Reichsinnenminister v. Kuehnler an einer ganz förmlichen Boykotttreiber persönlich und aktiv beteiligt, und der Reichsminister und Reichsbanneemann a. D. Wilhelm Marx hat dies zum seines Ministerkollegen nur der Öffentlichkeit geduldet. Die Fälle Jedlich-Zeilshöfer und v. Tresdow zeigen große innere Verähnlichkeit. Beiden Verhehlten kann man nicht das geringste Ehrenritze vorwerfen. Ihr ganzes Verbrechen besteht darin, daß sie einige der Junkerkaste unangenehme Wahrheiten ausgesprochen bzw. weitergemeldet haben.

Die Handelsvertragspolitik der Rechtsregierung.

Wichtigste der Bauerninteressen.

In früheren Jahren konnten sich die Parteien der Rechten und der Reichslandbünde nicht genug in einer scharfen Kritik gegenüber allen Handelsverträgen ergehen, die damals im Interesse der deutschen Wirtschaft geschlossen worden sind. Insbesondere wurde immer behauptet, daß in den früheren Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft vernachlässigt worden seien. Seitdem die Deutschnationalen mit in der Reichsregierung sitzen, hat diese Kritik vollständig nachgelassen, obwohl man nicht behaupten kann, daß die neuerdings abgeschlossenen Handelsverträge für die bäuerliche Bevölkerung vorteilhafter sind, als das früher der Fall war. Vielmehr kann man sogar das Gegenteil behaupten. So bringt die „Deutsche Bauernzeitung“ einen Bericht über die neuen handelspolitischen Vereinbarungen mit Dänemark, in dem es u. a. heißt:

„Auf Grund der im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gefassten Beschlüsse soll ein Gesetz über Zollvereinfachungen für dänische Erzeugnisse angenommen werden, das wiederum der bäuerlichen Produktionsproduktion großen Schaden zufügt. Infolge Vereinbarungen zwischen der königlich-dänischen Gesandtschaft und dem Deutschen Außenministerium soll für Rindfleisch und Speck von Schweinen, Zungen, Lebern, Herz, Niere, Zwerchfell, Milz, Lungen, Aufzügen von Vieh (ausgenommen Federwild) frisch (nicht gefroren) bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet kein höherer Zollsatz als 21% Reichsmark für einen Doppelzentner erhoben werden. Das bedeutet eine verhängnisvolle Durchbrechung des Mindestzollsatzes von 32% — 30% auf den Doppelzentner Schweinefleisch. Es handelt sich hier nicht etwa, wie der Land annehmen könnte, um eine ganz geringfügige Einfuhr dieser Erzeugnisse, sondern es sind im letzten Jahre von diesen Inneren 180 000 Zentner von Dänemark in das deutsche Zollgebiet eingeführt worden. Das sind rund 30 Prozent unserer Ferkelaufzucht von Schweinefleisch überhaupt.“

Ueber diese neue Tat hat und list man zwar in Verfammlungen und Presse der Rechtenpartei und des Reichslandbundes begrifflichermaßen überhaupt nichts, trotzdem doch gerade diese Kreise hinsichtlich der katastrophalen Verhältnisse in der bäuerlichen Bevölkerung bekannt sein dürften, die in wesentlichen eine sehr starke Schwächung und Schweinefleisch und auch sonst eine beträchtliche Abnahme betreffen. Es scheint hier aber so, als habe auch der Reichslandbund an dieser Frage

